



Der rote Postler

Betriebszeitung der



Jahrgang 1 - 2026, Nr. 2, März 2026

Frauen bei der Post, S. 1-2.
Arbeitsbelastung,
Teilzeitfalle und was wir
dagegen tun können.

Heraus zum Ostermarsch, S. 4
Wir dokumentieren den
Ostermarsch-Aufruf des
Kasseler Friedensforums

Gründungserklärung **Dummes Zeug**
der DKP Betriebs- und **Nein zur**
gruppe Post, S. 7/8. **Wehrpflicht**, S. 8.



Frauen bei der Post

von Alexandra Roth, Verbundzustellerin bei der Post in Kassel

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen von letztem Jahr waren für die Postlerinnen und Postler enttäuschend. Die wesentliche Forderung der Arbeiter bei der Post, nämlich Entlastung, wurde durch einen Tag mehr Urlaub ersetzt. Die geforderte Geldsteigerung auch deutlich zu gering. Die Gewerkschaft MUSS gestärkt werden, damit wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Was macht das mit den Frauen bei der Post und warum müssen wir als Frauen uns damit beschäftigen? Warum überhaupt sich in der Gewerkschaft als arbeitende Frau organisieren, wenn es eh „nichts“ bringt? (Vergleiche dazu unsere Rubrik *Dummes Zeug*, Roter Postler 1/2026).

Bei uns sind Frauen vor allem in der Teilzeitarbeit zu finden. Nach der Bemessung von vorletztem Jahr sind bei uns vier Teilzeitbezirke geschaffen worden, die alle von Frauen gefahren werden. Frauen nehmen zudem mehr „Entlastungszeit“ in Anspruch. Das ist tariflich ausgehandelte Freizeit, für die ein Teil des Lohns abgezogen wird. Uns hier bitte nicht falsch verstehen: Wir verstehen, warum Kolleginnen und Kollegen das tun. Aber es verschärft die Vereinzelung.

Frauen arbeiten häufig in den Briefzentren, wo körperlich leichtere, aber auf Dauer abnutzende Arbeit in Teilzeit verrichtet wird.

Gerade Alleinerziehende müssen diesen Weg wählen, weil ihnen sonst die Zeit für Hausarbeit und Kindererziehung fehlt.

Teilzeit- und Entlastungslöhne sind entsprechend niedriger. Und das in Bereichen, in denen ohnehin zu wenig gezahlt wird. Gewerkschaften nennen das „Teilzeit-Falle“, weil geringere Löhne und damit geringere Renten in Kauf genommen werden. Viele geraten damit in finanzielle Abhängigkeit von ihrem Partner.

Die gewerkschaftliche Antwort darauf kann nicht Flexibilisierung beziehungsweise Individualisierung von Arbeitszeiten sein. Das Verhältnis von Arbeit und Familie, also bezahlter und unbezahlter Arbeit muss kollektiv, als Arbeiterklasse, als Gewerkschaft, im Kampf gelöst werden. Denn wie viel Geld am Ende in der Haushaltskasse ist zählt mehr als hohe Ideale. Eine **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich** würde die Situation für alle, aber besonders die von Frauen verbessern.

Eine der bedeutendsten aktuellen Fragen ist die der Arbeitsbelastung. Ein Beispiel für die physische Belastung ist der Kampf um die 20-kg-Grenze bei Paketen. Aber auch die psychische Belastung muss verringert werden. Warum spielte der Kampf darum bei der „Gesundheits“-Kampagne der Ver.di keine Rolle?

Die traditionelle Haltung „Männer schaffen das!“ ist kontraproduktiv. Die Ideologie der „dicken Eier“ muss zurückgedrängt werden. Auch Männer müssen auf der Arbeit entlastet werden und sei es, damit sie ihren Teil der Haushaltsarbeit „schaffen“ können. Solche Idioten gibt es - klar - und auch die müssen überzeugt werden.

Dass Frauen aktuell im Haushalt wieder mehr leisten müssen und bei vielen jungen Paaren die „traditionelle“ Rollenverteilung zunimmt, liegt auch an der kaputtgesparten Infrastruktur. Kita- und Kinderkrippenplätze fehlen, Ganztags-schulen und Jugendzentren verkommen oder werden gänzlich weggespart. Im Zeichen von „Zeitenwende“ und Aufrüstung wird dort gestrichen, wo Angebote fehlen, um Familien und vor allem Frauen zu entlasten.

Damit es eine Veränderung gibt, muss sowohl von Frauen als auch von Männern gekämpft werden. Der erste Schritt ist die Lage der Frauen in der Arbeitswelt und Alltag zu verbessern.

Das geht nur mit gewerkschaftliche Organisation. Die Gewerkschaft macht nicht für uns, WIR sind die Gewerkschaft. Aber klar - das müssen wir einfordern.

Die patriarchalen Strukturen werden nicht von heute auf Morgen verschwinden. Die werden erst verschwinden, wenn die kapitalistische Gesellschaft, die sie hervorbringt, auch verschwindet. Der Kampf wird nicht gegen Männer geführt, denn Männer wurden in dieser Gesellschaft geboren und erzogen. Der Kampf ist und wird immer einer gegen den Kapitalismus sein. Gemeinsamer Kampf erzieht Männer um. Nicht dummes Gesabbel.

Der alltägliche Kampf im Betrieb, der die Bedingungen für Frauen verbessern will, muss als Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen den sozialen Kahlschlag geführt werden.



Was ist und was soll der „Rote Postler“?

Der rote Postler ist die Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe bei der Post in Kassel. Er erscheint seit dem Februar 2026 einmal im Monat. Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. Eine Kommunistische Partei organisiert die Arbeiter in ihren Reihen, die in der Arbeiterbewegung für eine konsequente Linie streiten: Die Arbeiter aller Länder haben andere Interessen als die Kapitalisten und die imperialistischen Staaten. Das führt zu einem Kampf - dem Klassenkampf. In dem schaffen sich die Arbeiter und als ihre konsequentesten Vertreter: die Kommunisten eine Waffe - ihre Betriebszeitungen - also den roten Postler.

Der rote Postler.
Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe Post Kassel.
Per Mail: bg-post-kassel@dkp.de
Website: bg-post-kassel.dkp.de
https://www.instagram.com/dkp_bg_post/
ViSdP: Wera Richter, Hoffnungsstraße 18
45127 Essen





“Frauen tragen die Hälfte des Himmels”

(Mao Tse-Tung)

Zur Lage der Frauen in China



“Machthaber wie die Taliban, Trump, Putin, die Mullahs oder Xi Jinping unternehmen so gut wie nichts dagegen [gemeint ist die Frauenunterdrückung]. Sie profitieren davon: politisch, ideologisch, strukturell.” schreibt die Zeitung unserer Gewerkschaft Ver.di (Petra Welzel: Es reicht! Überall!, Ver.di Publik 1/2026).

Der Text ist Blödsinn:

Frauenunterdrückung entstand mit der Klassengesellschaft, nicht “Machthaber”, sondern konkrete materielle Verhältnisse und sich daraus ergebende Ideologien gilt es für uns zu bekämpfen. Aber konkreter: In welchem Land gilt der §218? Wo regiert Friedrich Merz? Welches Land unterstützte den größten Femizid der letzten Jahrzehnte, den Genozid an den Palästinensern? Welches Land wollte den syrischen Dschihadisten Al-Sharaa nach Berlin einladen? - Richtig: Die BRD, unsere herrschende Klasse. Aber gegen all das ist die mutige Petra ganz stumm, nur die außenpolitischen Feinde sind Frauenfeinde. **Das ist Heuchelei und hält die Arbeiter für dumm! Das machen wir nicht mit!**



Aber die Aussage stimmt in Bezug auf die sozialistische VR China auch so nicht. Frauen waren in China tatsächlich unterdrückt, ihnen wurden die Füße gebunden, damit sie nicht weglaufen konnten, die japanischen Faschisten zwangen sie als “Trostfrauen” in die Dauervergewaltigung, die britischen, deutschen, französischen, US-Amerikanischen Imperialisten wollten aus ihren Kolonien ein Bordell für ihre Reichen machen.

Dagegen erhoben sich die chinesischen Arbeiter und Bauern - zunächst zu schwach organisiert, im Boxeraufstand 1899 - dann unter der Führung der KP Chinas.

Und die machte reinen Tisch:

- Bereits in den befreiten Gebieten des agrarrevolutionären Krieges (ab 1927) wurde die Bindung von Frauenfüßen abgeschafft.
- Ab 1949 in der Volksrepublik der Internationale Frauentag anerkannt (in der BRD war die Teilnahme am Frauentag mitunter ein “Punkt” bei den Berufsverboten).
- Die ökonomische Selbstständigkeit der Frau wird in China systematisch gefördert, 2017 waren 340 Mio Frauen Arbeiter, doppelt so viele wie 1978.
- Der gender-pay-gap wird gezielt durch die regierende KP, den Frauenverband und die Gewerkschaften verringert, 2023 lag er bei 12% (BRD 2025 16%).
- Von den Delegierten des nationalen Volkskongresses sind 27,9% Frauen, genauso viele wie die “Parlamentarier” in der BRD.
- Ein staatlicher Plan versucht seit 2021 die Hausarbeit besser aufzuteilen, dazu wird der bezahlte Urlaub vermehrt, Vaterschaftsurlaub eingeführt, “Familienbildung” bekommt stärker den Inhalt der Gleichberechtigung.

Wir machen niemandem etwas vor, mit der Klassengesellschaft entstanden, dauert die Frauenunterdrückung an und wird erst im Aufbau des Sozialismus überwunden. Auch die chinesischen Genossen und der Allchinesische Frauenverband sprechen von Problemen. Aber anders als in der Ver.di-Zeitung behauptet, kämpft die von Xi Jinping geleitete KP Chinas um die Befreiung der Frau.

Für uns stellt sich nun ernsthaft unsere Frage: An der Seite der eigenen herrschenden Klasse auswärtige “Machthaber” kritisieren, oder sich wie die chinesischen Frauen auf die eigene Kraft verlassen. **Wir haben gewählt!**



**Kasseler
Friedensforum**

Dokumentiert:

Aufruf zum Kasseler

Ostermarsch:

Wehrpflicht - Sozialabbau -

Kriegstüchtigkeit - Wir sagen Nein!

Schluss mit dem Irrsinn!



Die Welt brennt

- Gaza, Iran, Sudan, Ukraine, Venezuela – die Aufzählung will nicht enden. Präsident Trump erklärt: „Ich brauche kein Völkerrecht“.
- Feige und unfähig, zur Lösung auch nur eines Konflikts beizutragen, sinniert der Kanzler über „Komplexität“. Stur wird der Irrsinn vorangetrieben. Kriegstüchtigkeit sei alternativlos.
- Europa müsse sich vor einem russischen Einmarsch schützen. Dabei stellen selbst US-Geheimdienste fest, Russland plane keinen Angriffskrieg.

Nein zur Kriegsvorbereitung

- Unsere Kinder und Enkel bekommt ihr nicht – nein zur Wehrpflicht!
- Künftig sollen 50% des Bundeshaushaltes alljährlich für Militarisation und Aufrüstung verwendet werden.
- Geld fehlt im Gesundheitswesen, bei Rente und Daseinsvorsorge, im Wohnungsbau, für funktionierende Infrastruktur, bei Forschung und Bildung und wirksamen Klimaschutz.
- Tilgung und Zinsen belasten uns und nachfolgende Generationen.
- Rüstung schadet, bevor der erste Schuss fällt. In einem Panzer kann niemand wohnen oder Kranke versorgen. Kriegsgerät steht rum oder tötet. Studien belegen, Rüstungsausgaben erzeugen nie nachhaltiges Wachstum.
- Die Bundesregierung beauftragt und bezahlt Rüstungsgüter. In einer riesigen Umverteilung fließen Steuergelder direkt zu den Profiteuren der Hochrüstung: Großkonzernen, Banken, Investmentgesellschaften wie BlackRock.

Krieg kennt keine Demokratie

- Staatliche Überwachung flankiert den Weg zur Kriegstüchtigkeit.
- Unerwünschte Meinungen, nicht nur zu Palästina und Ukraine-Krieg, werden kriminalisiert. Einzelpersonen und Organisationen sind existentiell bedroht.
- Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht wird drastisch beschnitten. Nicht endende Flüchtlingsströme entstehen in Kriegen, in die deutsche Rüstungsfirmen gewinnbringend Waffen liefern.

Schluss mit dem Irrsinn

- Deutschland ist Aufmarschgebiet, Logistiknoten und Kommandozentrale für NATO und USA. Im pfälzischen Büchel lagern US-Atomwaffen.
- Neue erstschlagfähige US-Mittelstreckenraketen sollen in diesem Jahr stationiert werden.
- Deutschland verantwortet zwei Weltkriege. Erneute Hochrüstung und Hetze bereiten Kriege vor. Kurzschlusshandlungen werden unvermeidbar.
- In einem Krieg wäre Deutschland Zielscheibe – todsicher.

Kriege sind überflüssig, ...

- wenn imperialistische Konkurrenz um Märkte und Profite, wenn räuberische Erpressung zur Plünderung von Rohstoffen und ganzer Länder ein Ende haben.
- wenn gegenseitige Anerkennung von Sicherheitsinteressen, der Grundsatz, Konflikte diplomatisch zu lösen, und internationale Kooperation zum Nutzen und Vorteil aller Beteiligten Norm geworden sind.
- wenn internationale Solidarität der großen Mehrheit auf diesem Planeten die Achtung des Völkerrechts und damit ein Leben in Frieden für alle durchsetzen wird.





Friedenskampf im Betrieb



Was sollen wir auf dem Ostermarsch?

500 Milliarden Euro will die Deutsche Post/DHL im Rahmen der Strategie 2030 in Saudi-Arabien und anderen Ländern in der Region anlegen. Das Geld soll vor allem Infrastruktur und Lagerkapazitäten vor Ort kaufen. Das Geld, mit dem Arbeitskraft und Maschinen in aller Herren Länder einkauft, nennen wir Marxisten Kapital, wird es im Ausland eingesetzt, nennen wir das **Kapitalexport**.

Kapitalexport bedeutet zuerst, dass Geld von hier abgezogen wird, Filialen werden nicht mehr selbst betrieben, Bezirke immer größer, Fahrräder nicht erneuert, die Autos sehen verrückt aus usw. Damit verschlechtern sich unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bis hin zur Gesundheitsgefährdung, damit verschlechtert sich die Zustellqualität gegenüber den Kunden, die wir leisten können. Zum zweiten bedeutet Kapitalexport, dass die Deutsche Post/DHL ein Interesse an den inneren Bedingungen in den Ländern hat, in die sie das Kapital exportiert. Wenn also Syrien, der Libanon, der Gaza-Streifen sich lieber von anderen die Infrastruktur bauen lassen - zB von der Volksrepublik China - weil die den nationalen Befreiungsbewegungen vor Ort nicht in ihre inneren Angelegenheiten quatscht oder sie ökonomisch zu erpressen versucht, dann müssen diese Regierungen halt weg. Kapitalexport bedeutet die **Aufteilung der Welt unter die Großkapitalisten**, bedeutet **Krieg**.

Wir Arbeiter erarbeiten das Geld, was zum Kapital wird, wir leiden unter dem "Frieden" der Imperialisten und müssen gleichzeitig fürchten, in deren Kriegen zu sterben.

Nun sagen einige: Das ist halt so - die da oben machen - auch mit uns, was sie wollen. Und das ist richtig, bis es das nicht mehr ist. Sicher ist es richtig, dass dieser Staat der Staat der Banken und Konzerne ist. Sicher ist es richtig, dass er keine Politik in unserem Interesse macht. Sonst hätte er die Post nie privatisiert, nie mitgemacht bei diesen riesigen, nicht zu schaffenden Bezirken, bei den Fahrrädern, dem Kapitalexport und so weiter.

Aber können wir gar nichts machen?

Nicht nur die Postler haben nichts vom Krieg, auch alle anderen Arbeiter fast überall auf der Welt. Neben den Arbeitern gibt es die kleinen Selbstständigen, die als "Servicepartner" der Post ihr Dasein fristen - haben die ein Interesse am Krieg? Nein! Alle, die kein Kapital exportieren, alle, die von ihrer Hände Arbeit leben haben ein Interesse am Frieden.

Die Friedensbewegung - in Kassel vor allem das Kasseler Friedensforum, siehe den Aufruf zum Ostermarsch nebenan - steht für eine Bewegung, die all diese Menschen versucht anzusprechen. Die kommen aus allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, aus allen Glaubens- und Weltanschauungs-Richtungen, aus allen hier lebenden Herkunftsländern, sie alle eint, dass sie kein Interesse haben am Krieg der Herrschenden.

Der Krieg und die Bezirksgröße - das sind zwei Seiten einer Medaille. Nämlich der Herrschaft der Monopole über uns. Gegen beides gilt es anzukämpfen.

Heraus zum **Kasseler Ostermarsch!**

Samstag, den 04. April 2026,

Ab 10.15 Uhr am Bebelplatz

Ankunft 12 Uhr zur Kundgebung am Rathaus

Danach weitere **Demo gegen die Rüstungsindustrie** in der Nordstadt! 5

Gründungserklärung der DKP Betriebsgruppe Post Kassel

Teil 2: Zerschlagungspläne und internationale Situation

Mit den bisherigen Strategien 2025 und 2030 der Post AG/DHL wurde die Versorgung aller Menschen in der Bundesrepublik mit Post und Paketen immer weiter zurückgefahren. Die Zahl der Beschäftigten sinkt immer weiter, vor allem die unbefristet dort Arbeitenden werden durch mehr und mehr befristete und andere kurzfristige Kräfte ausgetauscht. Die Zahl der Auszubildenden sinkt. Gleichzeitig wird die Kraft, die Zeit und das Geld, dass in die Anlernphasen gesteckt wird, ebenfalls standartisiert und verringert. Unter der Kapitalistenideologie der „Flexibilisierung“ hat das Kapital den Angriff auf den Wert unserer Arbeitskraft eröffnet.

Mit der Zusammenlegung von Zustellstützpunkten bis hin zu ganzen Niederlassungen, der Ausweitung der Verbundzustellung wird Kapital frei. Das soll entsprechend der Strategie 2030 in den Wachstumsmärkten – also im Ausland angelegt werden. Das ist Kapitalexport.

Das Monopol DHL exportiert Kapital, kauft sich und damit den Einfluss des deutschen Imperialismus in die Wachstumsmärkte ein. Unter diesen versteht die DHL diejenigen Länder, die sich gerade erst von kolonialer und neokolonialer Unterdrückung befreit haben oder noch darum kämpfen. Dort sollen nun die Logistik-Bereiche unter die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus geraten. Wir erachten es als unsere internationalistische Pflicht, dieses Treiben zu beobachten, zu analysieren und als Ausdruck des deutschen Imperialismus jeden Tag mit aller Kraft zu bekämpfen. Jeder Arbeitsplatz hier, jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen hier, jede Lohnerhöhung ist unser unmittelbarer Beitrag zum Kampf gegen das Monopol.

Darüber hinaus bedarf es der aktiven Solidarität mit den Kräften der nationalen Befreiung und des Sozialismus weltweit. Zu Analyse und praktischen Bekämpfung gehört die aktive Solidarität mit den Befreiungsbewegungen.

Wir sehen in der DKP – der Partei des proletarischen Internationalismus, der Partei, die über solidnet und die Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien international solidarisch vernetzt ist, die Partei, die diesen notwendigen Kampf anleiten und organisieren kann. „Proletarier aller Länder – vereinigt euch“ ist nicht nur ein Sonntagsspruch. Es ist eine Handlungsaufforderung.





Der Kampf gegen die Einbindung der Post in den militärisch-industriellen Komplex wird von der Post/DHL hart angegriffen. Christopher hatte sich gegen Waffenlieferungen an Israel ausgesprochen und war entlassen worden. Auf der bundesweiten Friedensdemo am 3.10. übten wir zusammen mit anderen Kollegen Solidarität.



**Unsere große Schwester: die
Unsere Zeit - die Zeitung der
DKP lesen.**

unsere-zeit.de



Und die Jugend?

Sie will nicht arbeiten, hörten wir, obwohl sie riesige Schulstreiks gegen die Wehrpflicht organisiert hat.

Sie steht nur auf "Work-live-Balance" - dabei ist doch allen klugen Arbeitern klar, dass "auch mal an die Firma denken" bei der letzten Tarifrunde anständig Geld gebracht und danach gar keinen 8.000 Kollegen den Job gekostet hat.

Sie sind halt anders - na gut das stimmt.

Auch wir Postler brauchen klugen, gewerkschaftlich organisierten, den Betrieb wie die Westentasche kennenden Nachwuchs. Wir brauchen eine Gewerkschaftsjugend, die jeden Ausbildungsvertrag unter die Lupe nimmt und die BV Arbeitszeit verteidigt, eine JAV, die jedes Aussortieren unserer Azubis angeht, die Scheiße, die Azubis am Ende warten zu lassen bis zum letzten Tag bis sie die Info kriegen ob man gnädigerweise übernommen wird, nicht mehr hinnimmt.

Die Frage ist: wer könnte unsere jungen Postler zu solchen Kämpfern gegen die Schweinereien im Betrieb und gegen die Angriffe in allen anderen Lebensbereichen machen?

Die Kommunisten präsentieren:
Unsere Antwort





NEIN ZUR WEHRPFLICHT!

Dummes Zeug

“An unseren Arbeitsbedingungen sind die Schuld, die zu schnell sind in ihren Bezirken! Die laufen ihre Bezirke kaputt!”

oder

“Besonders die Langsamen sind das Problem, nur weil ich anständig schnell arbeite, werde ich bestraft und muss den Langsamen helfen!”

Die Bemessung nimmt keine Rücksicht auf “Fairness”, auf Schnelligkeit oder auch nicht, die Bemessung setzt Vorgaben aus Bonn um. Und die besagen, dass die Bezirke immer größer werden.

Diese Scheiße wird mit den Schnellen gerechtfertigt und die werden versucht gegen die Langsamen in Stellung zu bringen. Dabei kommt heraus, dass die, die unter der Neubemessung leiden, sich gegenseitig schikanieren, während die, die davon profitieren, sich die dreckigen Pfoten reiben.

Also lasst es sein, die Schnellen oder die Langsamen für eure Misere zur Verantwortung zu ziehen - zieht los gegen die Aktionäre.

Das wichtigste an der ganzen Situation seid ihr - macht euch das immer wieder klar. Arbeitet so, dass euch die Kontrolltittis der zusammengelegten ZSPLen nicht dumm kommen können und so, dass ihr die Pakete nicht alle selber bezahlen müsst.

Das bundesweite Bündnis “Schulstreik gegen Wehrpflicht” ruft zum bundesweiten Schulstreik am 5.3.2026 auf!

Die Jugendlichen schreiben in ihrem Aufruf:

- **“Die Bundeswehr will an unseren Schulen werben - Wir wollen Friedensbildung!**
- **Rheinmetall will, dass die Aktien weiter steigen - Wir wollen Geld für Bildung und soziales!**
- **Merz will, dass die Bundeswehr die größte Armee Europas wird - Wir wollen Frieden!**
- **Pistorius will, dass wir kriegstüchtig werden - Wir wollen eine Zukunft!**

Für uns ist klar: Der 5. Dezember war erst der Anfang. Wir werden zeigen, dass die Jugend keine Fragebögen, keine Wehrpflicht, keinen Krieg will!

Diese Forderungen kann jeder Postler unterschreiben!

In Kassel haben sich antimilitaristische Jugendliche im Jugend-Bündnis gegen Krieg und Wehrpflicht gesammelt:
https://www.instagram.com/jbgkuw_kassel/
https://www.instagram.com/schulstreik_kassel/

Sammelt Unterschriften gegen die Wehrpflicht:

<https://www.openpetition.de/petition/kommentare/gegen-die-wehrpflicht-pflichtmusterung-und-andere-zwangsdienste#petition-main>

Alle heraus zum Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 5.3.2026!

Alle Solidarität der gegen die Wehrpflicht kämpfenden Arbeiterjugend!